

Migration Frieden Human Security

Erklärung der 4. Konferenz
„Wissenschaft für Frieden und Nachhaltigkeit“

ausgerichtet von der
Georg-August-Universität Göttingen und der
Vereinigung Deutscher Wissenschaftler

Das Ankommen so vieler Geflüchteter in Europa und insbesondere in Deutschland stellt die gesamte Gesellschaft auf den Prüfstein. Zugleich bietet sich uns die Chance der glaubwürdigen Bewährung. Diese Aufgabe haben wir angenommen. Wir müssen sie gerade nach den schrecklichen Attacken von Beirut, Paris und an anderen Orten, die uns allen gelten, erfolgreich bewältigen.

Wissenschaft ist international. Die deutschen Hochschulen sind mit ihrer eigenen wechselvollen Geschichte der aufgeklärten, humanistischen Bildung besonders verpflichtet. In verfassungsmäßig verankerter Autonomie sollten sie Raum für bestmögliche persönliche Entwicklung ihrer Mitglieder bieten und Mitgestalter einer lebenswerten, zukunftsfähigen und demokratischen Gesellschaft sein.

In diesem Selbstverständnis tragen die deutschen Hochschulen zur „Willkommenskultur“ in unserem Land aktiv bei. Sie wehren damit jegliche Ausgrenzung, Diskreditierung und Diffamierung jener Menschen ab, die hier bei uns vor Verfolgung, Krieg und lebensbedrohlicher Not eine Zuflucht suchen. Rassistische oder anti-demokratische Positionen dürfen in den Hochschulen keinen Platz finden. Wir unterstützen vorbehaltlos die Aktion „Weltoffene Hochschulen – gegen Fremdenfeindlichkeit“ der Hochschulrektorenkonferenz und wir begrüßen es, wenn alle Hochschulen diese Aktion aufgreifen.

Hochschulen und alle wissenschaftlichen Institutionen müssen durch Aufklärung, gezielte Solidarität und praktisches Handeln zu einem Klima der Toleranz, der Gemeinsamkeit, des Verständnisses und der Gerechtigkeit beitragen. Dies

geschieht besonders in der Lehre. Die Hochschulen müssen sich für die Weiterentwicklung der Kompetenzen von Geflüchteten öffnen. Die Lehre wird als Einladung zu gestalten sein, die grundlegenden Prinzipien und Leitlinien unserer Gesellschaft zu verstehen und den rechtlich-politischen Rahmen unserer Verfassung als Basis gemeinsamer Zukunftsgestaltung zu erschließen.

Die Forschung ist ebenso gefordert. Hier haben die Hochschulen und die Wissenschaft eine besondere Verantwortung. Sie müssen neues Wissen zur Bewältigung von Integration und Transformation für unsere Gesellschaft schaffen. Flucht-, Migrations- und Grenzforschung kommt hierbei eine besondere Rolle zu. Insgesamt stehen alle Gesellschaftswissenschaften in der Pflicht, an der wissenschaftlichen Erforschung der Bedingungen gelingenden Zusammenlebens mitzuwirken.

Es bedarf eines grundlegenden und langfristig ausgerichteten Ausbaus einer nennenswerten interdisziplinären Forschungsinfrastruktur sowie der Stärkung der Lehr- und Nachwuchsförderung. Eine Zusammenarbeit zwischen der Friedensforschung und der Migrationsforschung ist unbedingt zu verstärken.

Die Hochschulen, viele ihrer Mitglieder und vor allem viele Studierende nehmen ihre aktuelle Verantwortung bereits in verschiedenen Bereichen wahr. Studierende engagieren sich auf vielfältigste Weise. Die Hochschulen müssen diesen Initiativen institutionelle, organisatorische, finanzielle und ideelle Unterstützung bieten, ihre Koordination absichern und sollten auch eigene Initiativen ergreifen.

Fazit

Deutschland steht, zusammen mit allen europäischen Gesellschaften, vor der größten Herausforderung seit dem Ende der Ost-West-Konfrontation. Es bedarf eines kritischen Geistes, der die aktuellen Diskriminierungen, Hierarchisierungen und Machtverhältnisse in den Blick nimmt. Ziel sollte die Entwicklung einer politischen Vision für ein Europa sein, das die Friedens- und Freiheitsversprechen ernst nimmt.

Alle in der Forschung und Lehre Wirkenden sind aufgefordert Offenheit und Toleranz, „liberté, égalité, fraternité“ als Grundlage einer friedlichen Entwicklung zu verteidigen und durchzusetzen.

21. November 2015